

JETZT MUSS DIE POLITIK FARBE BEKENNEN!

Über 450.000 Menschen haben ihre Meinung geäußert. Das ist ein starkes und aussagekräftiges Votum.

Mit den Ergebnissen haben wir die Abgeordneten und die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien für die **Bundestagswahl am 27. September 2009** konfrontiert. Das sind ihre Reaktionen:

Frage: Rund 81 Prozent der Menschen halten die Rente mit 67 für falsch und fordern deren Rücknahme. Statt die Lebensarbeitszeit jetzt nach oben zu schrauben, werden eine weitere öffentliche Förderung der Altersteilzeit und weitere flexible Übergänge in die Rente von den Befragten favorisiert. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Überprüfungsklausel zu nutzen, um das Gesetz nicht wirken zu lassen?				
 CDU C. v. Stetten	 FDP Stephen Brauer	 BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Harald Ebner	 DIE LINKE. Silvia Ofori	 SPD Annette Sawade
Ohne Rückmeldung	Nein, nur die Heraufsetzung des Rentenalters ist falsch die faktische Kürzung der Rente ist leider notwendig!	Die Überprüfungsklausel dient einer objektiven Prüfung. In Abhängigkeit der Ergebnisse erfolgen die weiteren Schritte. Wir brauchen in jedem Fall einen flexibleren Renteneintritt und eine abschlagsfreie Rente ab 63 für Erwerbsgeminderte. Mehr Geld für Rehabilitation sorgt dafür, dass diejenigen nicht zurückbleiben, die im Beruf starken Belastungen ausgesetzt sind.	Natürlich werde ich mich dafür einsetzen. Ich bin grundsätzlich gegen die Rente ab 67. Ich bin für die Verteilung der bezahlten Arbeit auf mehr Menschen, also für massive Arbeitszeitverkürzung bezogen auf die Wochen- und Lebensarbeitszeit. Das öffentliche Solidarsystem der gesetzlichen Rente muss gestärkt, die Hinführung zur privaten Vorsorge gestoppt werden. Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden. Der Solidarausgleich muss gestärkt werden, d.h. Zeiten von Erwerbslosigkeit, Kinderbetreuung, Pflege und niedrigen Löhnen müssen aufgewertet werden um Altersarmut zu verhindern. Die eigenständige Altersversicherung für Frauen muss ausgebaut werden. Es müssen flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr geschaffen werden.	Wenn die Überprüfungsklausel gilt, ist sie anzuwenden.
Fast 80 Prozent der Befragten fordern materielle Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und Krankheit. Heute droht Beschäftigten nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit Hartz IV und das unter dem Eindruck eines schwachen Arbeitsmarktes. Werden Sie sich für eine Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und eine Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze stark machen?				
	Ich möchte, dass die Bezugsdauer von ALG I entsprechend der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungszeit verlängert wird.	Ja. Auch die Unkultur des Sanktionierens, die das Prinzip des Fördern und Fordern auf den Kopf gestellt hat und den Menschen ihre Würde nimmt, muss schnell ein Ende haben.	Hartz IV muss weg, die Agenda 2010 auch. Was wir brauchen ist eine repressionsfreie Grundsicherung. Den Absturz nach einem Jahr Arbeitslosigkeit halte ich für unmenschlich und für die, die Arbeit haben, extrem bedrohlich. Mit ängstlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern können Kapitalisten fast alles machen was sie wollen. Ich werde mich für die Verlängerung der Bezugsdauer stark machen.	Ja, Hartz IV-Anpassung an steigende Lebenshaltungskosten ist sinnvoll.
Die Menschen wollen Arbeit – sicher und fair. Deshalb haben sich fast 80 Prozent der Befragten für gesetzliche Mindestlöhne ausgesprochen und fordern bei der Leiharbeit: Gleiche Arbeit – Gleiches Geld. Werden Sie sich dafür einsetzen der Prekarisierung von Arbeit – Befristung und Leiharbeit - Einhalt zu gebieten und gegen Armut bei Erwerbsarbeit kämpfen? Wenn ja, wie und mit welchen Forderungen?				
	Nein, da Voraussetzung hierfür eine Lockerung des Kündigungsschutzes wäre (inkl. Veränderung des § 622 BGB).	Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Eine gesetzl. Mindestlohnuntergrenze von 7,50 Euro ist ein erster Schritt. Für Leiharbeitsverhältnisse müssen vom ersten Tag an gleiche Tarife und Bedingungen gelten, richtig wäre hier sogar noch ein Risikoaufschlag. Das Progressivmodell mit steuerfinanzierten Lohnnebenkosten sichert kleine Einkommen sozial ab.	Ich werde mich für sichere Arbeitsverhältnisse und eine Bezahlung einsetzen, von der Mann und vor allem Frau (die allermeisten Betroffenen sind Frauen) leben kann. Keine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer, für Ost und West. Leiharbeit strikt begrenzen und durch gleiche Arbeitsbedingungen und gleichen Lohn zuzüglich Flexibilitätsvergütung zurückdrängen. Der Kündigungsschutz muss ausgeweitet werden. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss abhängig sein von sozialen und ökologischen Standards - der flächendeckende Mindestlohn von 10 Euro muss eingeführt werden. Die 35-Stunden-Woche und weitere tarifliche Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich müssen mit den Gewerkschaften durchgesetzt werden.	Für Mindestlohn und tarifgerechte Bezahlung, gleicher Lohn bei Zeitarbeit/Leiharbeit bei gleicher Tätigkeit.
Die junge Generation fühlt sich immer mehr benachteiligt, die Chancen auf eine gute Ausbildung sinken. Trotzdem ist ein qualifizierter Ausbildungsplatz in einem Unternehmen wichtig. Außerdem befürchten viele eine zunehmende Ungleichheit bei den Bildungschancen und fordern die Abschaffung aller Bildungsgebühren. Was wollen Sie tun, um jedem eine faire Chance auf gute Bildung zu ermöglichen?				
	Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Rat: Nutzt die vorhandenen Bildungschancen und hört auf zu jammern.	Unser Bildungssystem ist zutiefst ungerecht, der Bildungserfolg abhängig von der sozialen Herkunft. Wir schaffen (nach Änderung der Bundeszuständigkeiten) Kindertagesstätten, Ganztageschulen und Gesamtschulen mit qualifizierter Personalausstattung und sorgen so für eine umfassende Förderung aller Kinder von Anfang an.	Die Betriebe, die nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungsabgabe leisten, denn sie haben eine wichtige gesellschaftliche Verantwortung. Wir brauchen gute Ganztageschulen, einen Ausbau von Gesamtschulen und kostenlose Kinderbetreuung. Es muss gelten: Gleiche Bildungschancen für alle! Studiengebühren sollen wieder abgeschafft werden. Mehr Investitionen in die Bildung: Personal, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und Fachkräfte für frühkindliche Bildung.	Kostenfreie Bildung von „0“ bis zum Abschluss einer Ausbildung bzw. Studiums.
Keine Entlassungen in der Krise, so lautet die Hauptforderung. Damit dies bewältigt werden kann, müssen vor allem die zur Finanzierung herangezogen werden, die über genügend Geld verfügen. Sollen große Vermögen über eine Zukunftsanleihe, eine Vermögenssteuer und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes zur Finanzierung stärker herangezogen werden?				
	Niemals! Menschen, die wohlhabend sind, sind nicht automatisch für die Krise verantwortlich.	Ja. Breite Schultern müssen mehr tragen als schmale und die Profiteure der Krise dürfen sich nicht durchmogeln. Eine Vermögensabgabe nach Art. 106 GG ist die richtige und verfassungskonforme Möglichkeit, auf die durch Spekulation angehäuften Vermögen zuzugreifen. Auch eine Finanzumsatzsteuer soll zur Finanzierung der Krise beitragen.	Ja, alle drei Möglichkeiten sind gut. Die realen Löhne sind gesunken. So hat in den vergangenen Jahren eine massive Verteilung von unten nach oben stattgefunden. Die Steuerpolitik muss eine andere werden: höhere Unternehmenssteuern, Vermögenssteuer (DIE LINKE nennt sie Reichensteuer) wieder einführen. Die Körperschaftssteuer erhöhen auf 25%. Eine große Einnahmequelle wäre die von uns geforderte Börsenumsatzsteuer. Damit könnte vor allem in Bildung investiert werden. Erhöhung des Grundfreibetrages von 9300 auf 12000 Euro, erst ab diesem Betrag müssen Steuern bezahlt werden, gleichzeitig die Einkommenssteuer für Spitzenverdiener erhöhen, so dass ab ca. 76.000 Euro Jahreseinkommen ein höherer Steuersatz anfällt .	Ja.